



### Reform

Ein Jahr nach der Ermordung eines jungen Häftlings in Siegburg hat der Landtag das neue Jugendstrafvollzugsgesetz verabschiedet. Die Koalition verspricht: Mehr Platz, mehr Bildung, mehr Personal, mehr Freizeitangebote.

### S. 3

### Kulturhauptstadt

Riesenerfolg im Wettbewerb der Ideen: Rund 2.000 Vorschläge kamen aus der Region für die Präsentation im Jahr 2010.

### S. 9-11

### Amoklauf

Der Anschlag von Emsdetten liegt mittlerweile ein Jahr zurück. In Köln schien sich etwas Ähnliches anzubahnen – echte Gefahr oder Überreaktion der Behörden?

### S. 13

### Ernährung

Mit dem Kampf gegen Fehlernährung (und die damit verbundenen Folgen) muss schon im Kindergarten begonnen werden. Das und mehr fordern die Grünen in einem Antrag, der im Zentrum einer Anhörung stand.

### S. 15

## Kulturhauptstadt 2010

# Nach Kohle kommt Kunst

Zeche Zollverein in Essen-Katernberg – Zeichen der Vergangenheit und Symbol des Wandels. Foto: Schälte



# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>Konsequenzen aus Siegburg</b>	<b>3</b>
<i>Landesparlament verabschiedet Gesetz zum Jugendstrafvollzug</i>	
<b>„Jedem seine Chance“</b>	<b>4-5</b>
<i>Geteilte Meinungen zur Zwischenbilanz des Ministerpräsidenten</i>	
<b>Anerkennung oder Herdprämie?</b>	<b>6</b>
<i>Landtagsparteien streiten über geplantes Betreuungsgeld</i>	
<b>Tempo beim Tempolimit?</b>	<b>7</b>
<i>Grüne: weniger Treibhausgase und mehr Sicherheit</i>	
<b>An der Seite der Bürger</b>	<b>8</b>
<i>Halbjahresbericht des Petitionsausschusses – ein Dokument der Hilfe</i>	
<b>Odysseus zwischen Ruhr und Emscher</b>	<b>9</b>
<b>Drei Fragen an Fritz Pleitgen</b>	<b>9</b>
<b>Schlag auf Schlag</b>	<b>10-11</b>
<i>Fragen an die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen</i>	
<b>Debatte im Foyer</b>	<b>12</b>
<i>Neue Veranstaltungsreihe im Landtag</i>	
<b>Viele Fragen nach Köln</b>	<b>13</b>
<i>Ein Toter und ein angekündigter Amoklauf beschäftigen zwei Ausschüsse</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>14</b>
<b>Gesund essen muss man lernen</b>	<b>15</b>
<i>Anhörung: Ernährungs- und Verbraucherbildung braucht mehr Gewicht</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>16-17</b>
<b>Auf Augenhöhe</b>	<b>18</b>
<i>Petitionsausschuss hilft Menschen in Coesfeld</i>	
<b>Porträt: Sigrid Beer (GRÜNE)</b>	<b>19</b>
FCL: Hitziger Kampf	19
Impressum	19
<b>Geburtstage</b>	<b>20</b>



## Eine Landschaft verwandelt sich

Europäische Kulturhauptstadt. Der Jubel nach der Nominierung ist verklungen. Längst hat die Arbeit begonnen: Wie stellt sich eine Region dar, die mitten in Europa liegt und immer wieder Zankapfel war? Ruhrbesetzung, Ruhrkessel – das zeugt von Krieg.

International ist das Ruhrgebiet längst kein Zankapfel mehr. Das heißt aber nicht, dass im Inneren immer Frieden geherrscht hätte. Noch zu Zeiten des Wirtschaftswunders kamen die ersten Zechenstilllegungen. Protestmärsche, schwarze Fahnen über der Ruhr. „Wenn die Ruhr brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser zum Löschen“ – diese Worte prägte ein Ministerpräsident in Düsseldorf. Betriebsblockaden, Mahnwachen, Brückenbesetzungen dann wieder in der Stahlkrise der 80er-Jahre.

Andererseits aber auch: Das Revier als leuchtendes Beispiel für Integration – und das mehrmals. Nach dem Krieg kamen Flüchtlinge und Vertriebene, im 19. Jahrhundert wanderten aus dem Osten hunderttausende Arbeiter ein. Alle fanden hier ein Zuhause.

### VORLÄUFER

Das alles ist Vergangenheit, aber noch nicht vorbei. Überall zwischen Ruhr und Emscher ragen noch die Relikte der Industriegeschichte in den Himmel. Die Internationale Bauausstellung Emscher Park hat das Land verändert und neues Interesse und neue Beschäftigung geschaffen.

Kurz, so ein Riesenprojekt wie die Kulturhauptstadt entsteht nicht aus dem Nichts. Es hat Vorläufer und Probeläufe gegeben. Das ist das Kapital dieser Region. Und dann die Menschen: Mit welcher Herzlichkeit, Offenheit, Begeisterung haben sie bei der Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr die Besucher aus Nah und Fern aufgenommen! Keine Bange darum, dass eventuell das große Projekt Kulturhauptstadt schiefe gehen könnte. Ein paar Fragen bleiben: Wie wird das Revier danach dastehen? Wie viel verändert sich? Auch da darf man guten Mutes sein. Frühere Kulturhauptstädte haben Erfolge gefeiert. Genua verwandelte seinen Hafen, Lille bewältigte seine Bergbaugeschichte, Glasgow streifte sein Image als triste Industriestadt ab.

Und das Ruhrgebiet? Es ist schon jetzt die dichteste Kultur- und Bildungslandschaft und leistet Hervorragendes in den Zukunftstechnologien. Besucher und Touristen werden sich spätestens 2010 mit eigenen Augen davon überzeugen können. Was es bis dahin noch zu tun gibt, wird angepackt. Die Menschen im Revier konnten immer schon ihre Ärmel aufkrepeln ... JK

Justizministerin Müller-Piepenkötter nimmt vor Beginn der zweiten Lesung Platz an der Kabinettsbank im Plenarsaal.

## Konsequenzen aus Siegburg

### Landesparlament verabschiedet Gesetz zum Jugendstrafvollzug

Ein Jahr nach dem grausamen Foltermord an einem 20-jährigen Häftling in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Siegburg hat der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP einem Gesetzentwurf der Landesregierung für den Jugendstrafvollzug in NRW (Drs. 14/4412) zugestimmt. Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2008 in Kraft. Der Vorschlag der grünen Fraktion, die einen eigenen Gesetzentwurf (Drs. 14/4236) vorgelegt hatte, fand nicht die Mehrheit im Parlament.

Harald Giebels (CDU) lobte den Regierungsentwurf als „solides Fundament für einen modernen, verantwortungsvollen und konsequenten Jugendstrafvollzug“. Er sei Teil eines Gesamtkonzepts zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Giebels: „Eine frühe und klare Planung der sozialen und persönlichen Bildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung soll den jungen Menschen realistische Perspektiven für ein Leben nach der Entlassung aufzeigen.“ Auch eine deutliche Ausweitung des Sport- und Freizeitangebots auch an Wochenenden und Feiertagen sei Teil des Gesetzes. Und nicht zuletzt die personelle Situation in den Justizvollzugsanstalten werde durch den Erhalt von 124 unter Rot-Grün gestrichenen Stellen sowie durch die Schaffung von 330 zusätzlichen Stellen deutlich verbessert. Zudem soll die Zahl der Haftplätze bis 2010 um 740 erhöht werden.

Monika Ruff-Händelkes (SPD) bemängelte, dass es dem Entwurf der Landesregierung „in wesentlichen Punkten an Konkretisierungen“ fehle. So mache das Gesetz weder Angaben zur Größe einer Strafanstalt noch zur Größe von Wohngruppen. Namens ihrer Fraktion sprach sie sich dafür aus, die Justizvollzugsanstalten auf höchstens 300 Plätze und den Wohngruppenvollzug auf maximal 20 Plätze zu beschränken. Weiter kritisierte die Abgeordnete, dass der Gesetzentwurf den Schusswaffengebrauch nicht ausdrücklich ausschließe. „Wenn man den Ju-

gend- mit dem Erwachsenenstrafvollzug gleichsetzt – und das tun Sie mit der Möglichkeit des Schusswaffengebrauchs –, dann ist die Zielsetzung des Jugendstrafvollzugs nicht verstanden“, so Ruff-Händelkes. Ihre Fraktion werde daher dem Gesetz nicht zustimmen.

Dr. Robert Orth (FDP) konterte: Statt über Zahlen zu streiten, habe er auf eine konstruktive Diskussion über die Neuausrichtung des Jugendstrafvollzugs gehofft. „Daran hat es in der Vergangenheit gehapert, wir hatten einen Verwahrvollzug“, so Orth. Schwarz-Gelb wolle einen Vollzug, der sich Ziele setzt. Eines der Oberziele sei der Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten. Gleichzeitig wolle man die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen so fördern, dass sie künftig ein Leben ohne Straftaten führen können. Daher

werde den Gefangenen ein gesetzliches Recht auf Bildung und Ausbildung eingeräumt. Zudem bekenne sich die Landesregierung klar zum offenen Vollzug – und zwar für diejenigen, die für den offenen Vollzug geeignet seien. Genauso klar müsse sein, dass derjenige, der dafür nicht geeignet ist, „zum Schutz der Allgemeinheit hinter Mauern verweilen muss“.

Monika Düker (GRÜNE) fand, der Gesetzentwurf der Regierung lasse „die Chance für einen dringend erforderlichen Perspektivwechsel beim Jugendstrafvollzug“ ungenutzt. Der Foltermord in Siegburg und der Bericht der Werthebach-Kommission hätten „auf schockierende Weise deutlich gemacht, dass es in unserem Jugendstrafvollzug große Defizite gibt“. Düker resümierte: „Wohngruppenstandards fehlen, Quantität und Qualität des Personals fehlen, ein klarer Vorrang für den offenen Vollzug fehlt.“ Mit dem im Haushaltsentwurf 2008 vorgesehenen Personal sei es unmöglich, von einem „Verwahrvollzug“ zu einem „Behandlungsvollzug“ zu gelangen. Statt einem Personalschlüssel von 1:70 (Vollzugspersonal zu Gefangenen) wie in der JVA Siegburg sei ein Verhältnis von 1:30 bis 1:40 vonnöten. An die Regierungskoalition: „Mit den warmen Worten, die Sie ins Gesetz geschrieben haben, wird das nicht gelingen.“

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) ging auf den Entwurf der Grünen ein; er weise „zahlreiche Schwachstellen, handwerkliche Unzulänglichkeiten und gravierende rechtliche Fehler auf“. Der Entwurf der Landesregierung bahne hingegen den Weg für einen klaren und konsequenten Jugendstrafvollzug. „Für die Gesellschaft bringt er Schutz und Sicherheit. Für die jungen Gefangenen bringt er Förderung, Erziehung und klare Perspektiven.“ Lobend hob sie den im Gesetz verankerten Rechtsanspruch für Häftlinge auf Einzelunterbringung hervor. Die dafür bereits in Angriff genommenen Maßnahmen sollen spätestens bis 2010 abgeschlossen sein. So lange müsse man leider Kompromisse eingehen. „In Jahrzehnten Versäumtes lässt sich nicht von heute auf morgen nachholen“, so die Ministerin. Kompromiss bedeute aber die Belegung von dafür geeigneten Hafträumen mit maximal zwei Gefangenen. ■



Fotos: Schälte

Harald Giebels (CDU)

Monika Ruff-Händelkes (SPD)

Dr. Robert Orth (FDP)

Monika Düker (GRÜNE)

# „Jedem seine Chance“

## Geteilte Meinungen zur Zwischenbilanz des Ministerpräsidenten

„Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Mit mehr Arbeit, mehr Bildung, mehr Wohlstand, weniger Bürokratie und weniger Schulden. Den Menschen in Nordrhein-Westfalen geht es heute besser.“ Diese Feststellungen aus der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Jürgen Rüttgers am 14. November zur Zwischenbilanz seiner Regierungsarbeit im Landtag traf, wurden in der anschließenden Debatte von der Opposition – natürlich – in Zweifel gezogen und von Sprechern der Regierungskoalition – erwartungsgemäß – unterstrichen.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) betonte, 4.500 Lehrerstellen seien zusätzlich geschaffen worden, das Wirtschaftswachstum liege über dem Bundesdurchschnitt, die Neuverschuldung sei so niedrig wie zuletzt vor 30 Jahren und Bürokratie werde abgebaut. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 hätten rund 200.000 Menschen in NRW wieder einen Arbeitsplatz gefunden. In der Verwaltung habe man 124 Behörden abgeschafft, kommunalisiert oder zusammengelegt. Die Landesregierung arbeite dafür, dass der Aufschwung weitergehe. „Um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken, müssen wir ihre Grundsätze beherzigen. Sie lauten: Erarbeiten kommt vor Verteilen. Leistung muss sich lohnen. Jeder muss seine Chance bekommen. Staatliche Hilfe muss immer Hilfe zur Selbsthilfe sein. Und: Wer sich nicht selbst helfen kann, muss sich auf die Solidargemeinschaft verlassen können.“ Das Land werde in neue Arbeit investieren, sagte der

Ministerpräsident, in Innovationen statt in alte Strukturen. So sei eine zentrale politische Entscheidung der ersten Hälfte der Wahlperiode der sozialverträgliche Ausstieg aus der subventionierten Steinkohleförderung gewesen. Rüttgers kündigte die verstärkte Förderung von Wissen, Ideen und Kreativität an. Das Land solle eine der kreativsten Regionen Europas werden. NRW werde in Kinder investieren, fuhr er fort: „Es bedrückt mich, dass jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen von Armut bedroht ist.“ Im Kampf gegen Altersarmut und Altersdiskriminierung sollen durch ein neues

Heimgesetz die Rechte von Heimbewohnern gestärkt werden. Zum Thema Schule sagte Rüttgers, die CDU verschleife ihre Kräfte nicht in einem ideologischen Schulkampf, weil es keinen Beweis dafür gebe, dass ein integriertes Schulsystem besser sei als ein gegliedertes.

Hannelore Kraft, Vorsitzende der SPD-Fraktion, kritisierte mit Blick auf die Personalsituation in der Staatskanzlei: „Immer mehr Redenschreiber führen offensichtlich zu immer längeren Reden und immer weniger Inhalt.“ Rüttgers betriebe Symbolpolitik und Inszenierung – bei gleichzeitiger Abschottung vor der Wirklichkeit. Er stehe wie kein anderer für die „Durchökonomisierung aller Politikbereiche“. Nicht der Mensch, sondern der Markt stehe im Mittelpunkt. Die Politik der schwarz-gelben Koalition gehe zu Lasten von Familien, Arbeitnehmern und Gemeinden, sagte die Oppositionsführerin und verwies dabei auf Kinderbildungsgesetz, Schulnovelle, Studiengebühren, Einschränkungen bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und bei wirtschaftlicher Betätigung der Städte und Gemeinden. Was man also in den letzten Jahren erlebt habe, seien keine Reformen, sondern Rückschritte, kurz:

Regierungsbilanz – die Augen der Kameras richten sich auf das Geschehen im Plenarsaal  
Fotos: Schälte

„ein falscher Kurs für Nordrhein-Westfalen“. Es fließe kein Geld mehr für den Strukturwandel, sondern nur in Bereiche, die ohnehin stark seien. NRW sei ein starkes Industrieland, sie aber vermisse bei Rüttgers Anstöße für die Weiterentwicklung des Standorts. Wo bleibe eigentlich die angekündigte Innovationsoffensive? Kraft verteilte ein einziges Lob, indem sie Innovationsminister Pinkwart von der FDP das Kompliment machte, mit seinem Vorschlag einer Mittelschule sei er bildungspolitisch auf dem richtigen Weg. Aber der Ministerpräsident habe ihn zurückgepfiffen: „Rüttgers spielt die Rolle des bildungspolitischen Dinosauriers – und die sind bekanntlich ausgestorben.“ Zusammenfassend meinte Kraft, wenn diese Regierungserklärung des Ministerpräsidenten das Drehbuch für seine Politik der nächsten Jahre sei, „dann wird das Publikum Ihr Stück vom Spielplan absetzen – da bin ich mir sicher“.

vorangekommen, aber eben noch nicht am Ziel. „Das Ziel lautet: Schnellstmöglich den Haushalt auszugleichen, um dann mit dem Abbau des rot-grünen Schuldenbergs zu beginnen. Andere Bundesländer sind schon soweit, nur waren die auch nicht mit zehn Jahren rot-grüner Schuldenmacherei geplagt“.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, sagte es so: Die Zwischenbilanz beweise, dass „die vergangenen zweieinhalb Jahre erkennbar gute Jahre für Nordrhein-Westfalen waren.“ Papke resümierte: „Wir haben das Land in gut zwei Jahren stärker verändert als die Vorgängerregierung in 20 Jahren“. Es sei ein fundamentaler Richtungswechsel in der Politik vollzogen worden. Aus dem früheren „Land der Bremsen und Blockierer“ sei wieder ein „Land des Aufbruchs“ geworden: Heute sei man beispielhaft bei der marktwirtschaftlichen Erneuerung, beim Büro-

Stammzellenforschung müssen ebenso genutzt werden können wie bei der Kernenergie. Die Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung muss weitergehen.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, hielt nichts „von dem Weihrauch, der hier immer geschwenkt wird“. Diese Regierungserklärung sei keine angemessene Halbzeitbilanz. Die Politik der Koalition habe so viel Protest und Widerstand hervorgerufen, dass „ein bisschen Selbstkritik und die Überlegung, ob man alles richtig macht“, angemessen gewesen wäre. Aber statt Selbstreflexion gebe es nur „Selbstsuggestion“. Die Grünenvorsitzende wörtlich: „Mir hat auch ein konsistenter Zukunftsentwurf gefehlt, aus dem klar wird, wie dieser Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Nordrhein-Westfalen in Zukunft gestalten will“. In der Schulpolitik stehe Schwarz-Gelb vor einem Scherbenhaufen. Das gegenwärtige



Hannelore Kraft (SPD)



Helmut Stahl (CDU)



Dr. Gerhard Papke (FDP)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte darauf zu Kraft: „Ihre Aufgabe der Kontrolle haben Sie wahrgenommen, aber leider in Kleinklein, in Pepita. Dienstwege in der Staatskanzlei interessieren Sie mehr als Strategien zur Senkung der Schulden und zum Abbau des uns von Ihnen hinterlassenen gewaltigen Schuldenbergs. Von Finanzpolitik haben Sie null Ahnung“. Kernaufgabe von Opposition sei das Aufzeigen von Alternativen – da sei sie nahezu substanzlos. Bei den parlamentarischen Anträgen der SPD-Fraktion wimmele es von Wörtern wie „Wiederherstellen“, „Zurücknehmen“, „Stoppen“, „Nicht aufweichen“, „Nicht zerschlagen“, „Zurückziehen“, „Wiederabschaffen“, „Erhalten“, „Bestehen lassen“. Stahl: „Status Quo – dein Name ist SPD.“ Jedem sei bekannt, spitze werde man nur durch Anstrengung und Veränderung, nur unter Inkaufnahme von Opfern. „Wir wissen: Wir haben vielen Bürgerinnen und Bürgern Opfer zugemutet – wir haben es ihnen auch vorher gesagt. Die Menschen sind schlicht klüger als die SPD.“ Auch Stahl fand Lobesworte, und zwar für den grünen Abgeordneten Reiner Priggen: „Der allein hat uns mehr abverlangt als Sie und Ihre Fraktion. Respekt, Kollege Priggen.“ Fundamental sei nun die Sanierung des Landeshaushalts. Man sei gut

kratieabbau, bei der Modernisierung des Schul- und Hochschulwesens. Nach dem „Desaster“, dass unter SPD-Ägide die Bildungschancen der Kinder vom Portmonee der Eltern abhingen, werde das jetzt von Schwarz-Gelb durch die „Politik der sozialen Gerechtigkeit“ geändert. Geändert werde auch, dass unter Rot-Grün das Land an Bürokratie fast erstickt sei, fuhr der Fraktionschef der Liberalen fort. Als man das Tariftreugesetz abgeschafft habe, hätten alle Betriebe in NRW durchgeatmet. Die „Koalition der Erneuerung“ sei angetreten, „um Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Chancen zu machen“, betonte er und fügte an, auch zu einem „Land der neuen Freiheit“ werde das Land. Man habe den Menschen Vertrauen in die eigene Stärke zurückgegeben, und starke Menschen „helfen nicht nur sich selber, sondern auch den anderen“. Besonders stolz sei seine Partei auf den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau. Das habe man im Wahlkampf versprochen und eingelöst. „Jetzt wird nicht mehr in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft unseres Landes investiert“, betonte Papke. „Wir wollen, dass NRW bis 2015 Innovationsland Nr. 1 in Deutschland wird. Das setzt im Übrigen auch voraus, dass wir die Forschungsfreiheit ernst nehmen. Die Chancen der

Schulsystem sei ungerecht und unsozial, mit dem „Gestümper“ und den Weichenstellungen dieser Regierung werde es noch ungerechter und unsozialer, weil die CDU das gegliederte Schulsystem festschreibe. Aber die Front bröckele, fand Löhrmann, auch in diesem Parlament, wo es für dieses Schulsystem keine Mehrheit mehr gebe. Dennoch versuche die CDU „auf Teufel komm raus ein System zu retten, das nicht mehr zu retten ist“. Sie werbe dafür, den Umstieg ganz pragmatisch vor Ort geschehen zu lassen: „Geben wir den Kommunen Freiheit, lassen wir die Gemeinden Horstmar und Schöppingen anfangen“, riet Löhrmann und wandte sich weiteren Politikfeldern zu. Klimaschutz sei für die Koalition ein Fremdwort. Der Umweltschutz werde abgebaut, die Windkraft behindert. Bei der Lebensmittelüberwachung gebe es „Täterschutz statt Verbraucherschutz“. Die Unterstützungsstrukturen für Frauen würden „abgebrochen“, die Selbsthilfe abgebaut. Im Verkehr gebe es falsche Weichenstellungen, die „Kommunalfreundlichkeit“ der Politik sei „ohnegleichen“. Zustimmung Worte fand sie nur für den Ausstieg aus der Steinkohle. Wenn es etwas zu feiern gebe, dann den Umstand, dass die Hälfte der Regierungszeit „zum Glück schon vorbei ist“. ■

# Anerkennung oder Herdprämie?

## Landtagsparteien streiten über geplantes Betreuungsgeld

*Die Berliner Pläne für ein Betreuungsgeld hat die SPD-Fraktion in einem Antrag (Drs. 14/5360) aufgegriffen und im Landtag zur Diskussion gestellt, weil dieses Geld kein Beitrag zum Ausbau der Betreuung unter dreijähriger Kinder sei. In direkter Abstimmung wurde der Antrag durch CDU und FDP abgelehnt.*

Ursula Meurer (SPD) nannte den Vorstoß der bayerischen CSU zum Betreuungsgeld „bildungs- und integrationspolitisch fatal, integrationspolitisch desaströs, gleichstellungspolitisch katastrophal“. Sie appellierte an die Abgeordneten dafür zu sorgen, „dass nicht die falschen Signale gesetzt werden“. Die Politik müsse für zweierlei sorgen, einen „hochwertigen und möglichst umfassenden Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen und zum anderen eine deutliche finanzielle Entlastung der Familien“. Familien mit Migrationshintergrund würden durch das Betreuungsgeld veranlasst, ihre Kinder möglichst lange zuhause zu erziehen. Erst zum Schulbeginn kämen die dann – ohne die erforderliche Sprachkompetenz – mit ihren deutschen Altersgenossen in Kontakt. Des Weiteren sei das Betreuungsgeld ein Bonus für das Zuhausebleiben von Müttern, die dadurch ihren beruflichen Anschluss verlören. Unnötig lange Pausen in der Erwerbsbiografie dieser Frauen legten den Grundstein für die Altersarmut künftiger Frauengenerationen, kritisierte Meurer.

Marie-Theres Kastner (CDU) fand den SPD-Antrag „grotesk“: Er suggeriere, dass das Betreuungsgeld den Ausbau der Betreuungsplätze verhindern oder verlangsamen würde. Erst kämen – und so stehe es im Gesetzentwurf des Bundes – die Betreuungsplätze, der Rechtsanspruch und dann gehe es um ein Betreuungsgeld. Die Union im Land sei derzeit dabei („nach vielen Jahren SPD-Grüner-Regierung“), endlich Wahlfreiheit zwischen Familie und Be-



Christian Lindner (FDP)

Andrea Asch (GRÜNE)

ruf herzustellen, das Betreuungsplatzangebot auszubauen und einen Rechtsanspruch einzuführen. Nach ihrer Meinung verhindere der SPD-Antrag die Diskussion darüber, „wie wir die Erziehungsleistung von Familien anerkennen können“. Für diese Diskussion aber sollte man sich Zeit nehmen.

Christian Lindner (FDP) unterstrich ebenso die Notwendigkeit einer „ideologiefreien“ Diskussion über die Familienpolitik: „Der Staat darf nicht Zensor privater Lebensentwürfe werden.“ Er dürfe auch nicht darin eingreifen und bestimmte Familienbilder durch Förderung privilegieren. Die Debatte über das Betreuungsgeld gehöre nicht in den Landtag, urteilte er und hielt der SPD vor, sie sei doch verantwortlich dafür, dass sie „NRW bundesweit in die

nach wie vor steht, dass nämlich die Frau nach Hause an den Herd und zu den Kindern gehört“. Die „Herdprämie“, wie sie sagte, richte sich nämlich vor allem an Frauen, „denn kein Mann lässt sich mit 150 Euro im Monat locken, seine Berufstätigkeit aufzugeben“. Die Abgeordnete bestritt, dass schon Wahlfreiheit herrsche. Jahrzehntlang habe nämlich die Politik „statt in Betreuungsplätze und Infrastruktur lieber in zweifelhafte Transferleistungen wie das Ehegattensplitting investiert“. Durch den Ausbau der Krippenplätze gebe es erstmals im Jahr 2013 (Asch: „Spät, aber immerhin“) so etwas wie Wahlfreiheit.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte das vorrangige Ziel der Landesregierung, den bedarfsgerechten Ausbau zur Betreuung der unter Dreijährigen zu sichern und damit den Nachholbedarf aufzuarbeiten. Die Schulministerin erklärte in Vertretung von Familienminister Laschet, dazu bedürfe es aller zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen: 150 Millionen Euro im kommenden Jahr zusätzlich durch KiBiz; mit den Geldern des Bundes für das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungs-ausbau“ würden bereits 2008 erstmals über eine Milliarde Euro an die Kommunen weitergeleitet. Das Betreuungsgeld sei dazu kein Widerspruch: Es zeige vielmehr die Wertschätzung, die die Union der Betreuung durch die eigene Mutter oder den Vater entgegenbringe. Sommer: „Die Erziehungsleistung von Eltern verdient in hohem Maße jede gesellschaftspolitische Anerkennung und auch finanzielle Unterstützung.“ ■



Ursula Meurer (SPD)

Marie-Theres Kastner (CDU)

Fotos: Schätke

# Tempo beim Tempolimit?

## Grüne: weniger Treibhausgase und mehr Sicherheit

*Die Grünen wollen ein Tempolimit auf bundesdeutschen Autobahnen. In ihrem Antrag (Drs. 14/5345) fordern sie die schwarz-gelbe Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h einzusetzen. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP lehnten dies in einem eigenen Antrag (Drs. 14/5358) ab. Die SPD-Fraktion enthielt sich der Stimme und forderte stattdessen in einem Entschließungsantrag (Drs. 14/5444) belastbare Zahlen zur Verkehrssituation im Land.*

Horst Becker (GRÜNE) erklärte, ein Tempolimit auf Autobahnen sei ein wirksamer und preiswerter Beitrag zum Klimaschutz. Durch Tempo 130 könnten in Deutschland jährlich rund 2,5 Millionen Tonnen klimaschädlicher Treibhausgase eingespart werden. Außerdem solle ein Tempolimit für mehr Sicherheit sorgen, da die Zahl der jährlich 600 Verkehrstoten auf deutschen Autobahnen um ein Viertel reduziert werden könne. Außerdem würden die Staufahrer verringert und der Lärmschutz verbessert. Zum eingebrachten Entschließungsantrag der SPD meinte er: „Wir brauchen keine neuen Prüfaufträge, sondern klare Beschlüsse.“ Die nordrhein-westfälische SPD solle deshalb dem jüngsten Beschluss ihres Bundesparteitages in Hamburg folgen und für ein Tempolimit stimmen.

Olaf Lehne (CDU) sagte im Plenum: „Ich habe Spaß am Autofahren, insbesondere dann, wenn die Autobahn frei ist. Dann fahre ich auch gerne schneller. Ich bekenne mich dazu und möchte jedem Bürger dieses Recht gewährleisten.“ Selbstverständlich müsse die Sicherheit Dritter gewahrt bleiben. Lehne weiter: „Es gibt nichts Schlimmeres, als auf freien Autobahnen vor sich hin zockeln zu müssen.“ Die Autobahnen in Deutschland seien „die sichersten Straßen der Welt“. So sei die Zahl der Verkehrstoten seit 1970 kontinuierlich gesunken, und nur 7,5 Prozent aller Verkehrsteilnehmer würden auf den Autobahnen verunglücken. Außerdem sei es umstritten, ob ein Tempolimit den Ausstoß von Kohlendioxid senken könne. „Eine Kuh auf der Weide stößt am Tag mehr Kohlendioxid aus als ein Porsche bei normaler Nutzung“, meinte Lehne. Sein Fazit: „Finger weg vom Tempolimit!“

Achim Tüttenberg (SPD) warnte davor, die Diskussion über ein Tempolimit „ideologisch verblendet“ zu führen. „Wir Sozialdemokraten wollen diese Frage sehr ernsthaft abwägen“, gab Tüttenberg zu Protokoll. Er forderte die Landesregierung auf, Daten zum Autobahnverkehr in Nordrhein-Westfalen zu präsentieren und eine „seriöse Informationsbasis“ zu schaffen: „Wir brauchen Fakten aus NRW, bevor wir

Entscheidungen treffen.“ Zugleich äußerte er den Verdacht, dass CDU und FDP mit ihrem Antrag von eigenen Fehlentscheidungen in der Verkehrspolitik ablenken wollten. Zu den Forderungen der Grünen sagte der Abgeordnete, seine Fraktion empfinde den Antrag als „zu forsch“. Sein Vorwurf: „Sie machen uns zu viel Tempo beim Tempolimit.“ Deshalb werde sich die SPD bei der Abstimmung im Plenum enthalten.

Christof Rasche (FDP) kritisierte, die Einführung eines Tempolimits diene dazu, „die Autofahrer zu schikanieren.“ Lediglich 0,08 Prozent des deutschen Kohlendioxid-Ausstoßes könnten durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung eingespart werden, erläuterte der verkehrspolitische Sprecher der FDP. „Der beste Beitrag zum Klimaschutz ist die Vermeidung von Staus durch Verkehrsleitsysteme und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur“, so Rasche. Ein Tempolimit habe zudem keine Auswirkungen auf die Sicherheit: „Österreich und Frankreich haben deutlich mehr Verkehrstote zu beklagen, obwohl dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung gilt.“ Der Abgeordnete gab ferner zu bedenken, dass ein Tempolimit die Standortvorteile der deutschen Automobilindustrie bedrohe. Für ihn sei das Tempolimit „eine Schnapsidee“.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) nannte das diskutierte Tempolimit „ein untaugliches Mittel“ für Klimaschutz und Verkehrssicherheit. Selbst der frühere Bundesumweltminister der Grünen, Jürgen Trittin, und der amtierende SPD-Umweltminister, Sigmar Gabriel, hätten sich gegen die Einführung ausgesprochen. Wittke machte deutlich, ein generelles Tempolimit sei für die Verkehrssicherheit nicht erforderlich: „Alle anderen Länder in Europa schneiden bei der Verkehrssicherheit deutlich schlechter ab als wir in Nordrhein-Westfalen.“ Der Minister plädierte für eine „intelligente Verkehrsplanung“. Sein Ministerium habe bereits das gesamte Streckennetz im Land überprüft und daraufhin 33 Prozent aller Autobahnkilometer mit Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgestattet. ■



Grafik: Schälte

# An der Seite der Bürger

## Halbjahresbericht – ein Dokument der Hilfe

Mit Bitten und Beschwerden können sich alle Bürgerinnen und Bürger an den Petitionsausschuss des Landtags wenden, wenn sie sich durch Ämter und Behörden ungerecht behandelt fühlen. Wie vielfältig die Petitionsarbeit in Nordrhein-Westfalen ist, das verdeutlichte jetzt der Halbjahresbericht, den die stellvertretende Ausschussvorsitzende Sigrid Beer (GRÜNE) dem Parlament präsentierte.

Als „wesentliche Verbindung zum Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger“ habe sich die Arbeit des Petitionsausschusses es erneut erwiesen. Mit den unterschiedlichsten Themenfeldern setzten sich die Abgeordneten im Ausschuss auseinander und konnten im zurückliegenden Halbjahr insgesamt 1.943 Petitionen erledigen, davon 27 Prozent erfolgreich im Sinne der Petenten. Überwiegend beschäftigten sich die Ausschussmitglieder mit Eingaben zur sozialen Sicherung, zur Rechtspflege, zum öffentlichen Dienstrecht und zum Bereich „Bauen und Wohnen“.

Besonders in Erinnerung bleibe der dramatische Fall einer serbischen Familie aus dem Hochsauerlandkreis. Der Vater hatte drei seiner fünf Kinder „in massivster Weise sexuell missbraucht“ und war dafür zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Die zuständigen Ausländerbehörden schoben die Mutter mit ihren Kindern nach Serbien ab. Dort allerdings hatte die Familie keine Chance auf eine angemessene psychologische Behandlung. Die deutschsprachig aufgewachsenen Kinder besaßen keine Serbischkenntnisse und mussten seit Mai 2006 bei den Verwandten des Vaters leben. „Im Umfeld des Täters, wo ihnen von engsten Familienmitgliedern blanker Hass entgegenschlägt, kann keine Therapie gelingen“, verdeutlichte Beer im Plenum. Erst nach mühsamer, monatelanger Detailarbeit und „unerträglich zäh verlaufenden Recherchen“ habe der Petitionsausschuss sein Ziel erreicht: Vor wenigen Wochen konnte die Familie zu Therapiezwe-

cken nach Deutschland zurückkehren. „Dieses Ergebnis wäre ohne die überparteiliche und hartnäckige Arbeit im Petitionsausschuss nicht möglich gewesen“, erklärte Beer. „Dieser Fall zeigt, dass man mit entschlossenem, gemeinsamen Auftreten am Ende doch etwas erreichen kann.“

### ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Möglichkeiten des Petitionsrechts seien in der Bevölkerung allerdings noch immer nicht genügend bekannt. Die stellvertretende Vorsitzende hob deswegen den hohen Stellenwert der Öffentlichkeitsarbeit für den Petitionsausschuss hervor. Mit einer auswärtigen Bürgersprechstunde im Kreis Lippe und einer Telefonaktion in Bonn sei es gelungen, Menschen zu helfen und sie vor Ort über die Arbeit des Ausschusses praxisnah zu informieren. Auch die monatlich angebotenen Sprechstunden in der Düsseldorfer Villa Horion leiste hierzu einen wichtigen Beitrag.

Nicht nur in großen und spektakulären, sondern auch in kleinen Streitigkeiten mit Ämtern und Behörden steht der Petitionsausschuss den Bürgerinnen und Bürgern zur Seite. So auch im Falle von Herrn B., der mit seinem Auto ahnungslos in ein rund 1,8 Meter langes und 15 Zentimeter tiefes Schlagloch geraten war und den entstandenen Reifenschaden von der Stadt Köln erstattet haben wollte. Die Stadtverwaltung weigerte sich jedoch hartnäckig, den Schaden von rund 400 Euro zu begleichen.

Begründung: Das Schlagloch habe „vor sich selber gewarnt“. Für diese Haltung zeigte Beer im Plenum kein Verständnis: „Bei all den Anstrengungen, Abwehren auszusprechen und kontraproduktiv aktiv zu sein, hat das den Steuerzahler bestimmt mehr Geld gekostet, als wenn sich die Stadt gleich kulant gezeigt hätte“, meinte die Abgeordnete.

Mit einem erfolgreicherem Beispiel aus der Petitionsarbeit beendete sie ihren Bericht vor dem Landtag. Die arbeitslose Frau R. wollte an einem stark befahrenen Fahrradweg am Niederrhein einen Kiosk eröffnen und sich aus eigener Initiative aus der finanziellen Abhängigkeit von Hartz IV befreien. Die zuständige Stadtverwaltung aber erteilte ihr zunächst keine betriebliche Sondergenehmigung – bis der Petitionsausschuss vor Ort ein klärendes Gespräch mit den beteiligten Parteien vermittelte. Inzwischen ist der Kiosk eröffnet – und für die Mitglieder des Ausschusses weiterhin Anlass, auch künftig im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu sein. ■

### Quellensuche

Alle Tätigkeitsberichte des Petitionsausschusses sind kostenlos im Internet abrufbar, darunter auch der Fünfjahresbericht zur 13. Wahlperiode von 2000 bis 2005 sowie ein Rückblick auf die Geschichte des Ausschusses seit seiner Gründung 1949. Die Dokumente sind auf der Internetseite [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) unter dem Navigationspunkt „Petitionen“ zu finden.



# Odysseus zwischen Ruhr und Emscher

## Finanzierung

Von 2007 bis 2011 ist für die Realisierung des Projekts ein Budget von insgesamt rund 51 Millionen Euro gesichert. Davon kommen zwölf Millionen Euro vom Regionalverband Ruhr, zwölf Millionen vom Land NRW, zwölf Millionen von der Bundesregierung. Sechs Millionen steuert die Stadt Essen und 8,5 Millionen der Initiativkreis Ruhrgebiet bei.

## RUHR.2010 GmbH

Mit der Geschäftsleitung für die RUHR.2010 GmbH sind als Vorsitzender Geschäftsführer Dr. Fritz Pleitgen und als Geschäftsführer Professor Dr. Oliver Scheytt betraut worden. Insgesamt besteht das Team derzeit aus rund 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Darunter die vier Künstlerischen Direktoren, die jeweils ein Themenfeld des Kulturhauptstadt-Programms betreuen:

Die Journalistin und Autorin Asli Sevindim die „Stadt der Kulturen“, der Architekt Professor Karl-Heinz Petzinka die „Stadt der Möglichkeiten“, der Musik- und Medienmanager Professor Dieter Gorny die „Kreativwirtschaft“ und Steven Sloane, Generalmusikdirektor der Bochumer Symphoniker, die „Stadt der Künste“.

## Erste Projekte

**Der lange Tisch:** An einem Wochenende im Juli 2010 soll die A 40 zwischen Duisburg und Dortmund gesperrt werden. Auf der gesamten Fläche sollen die Anwohner aus 140 Nationen an bis zu 20.000 Tapeziertischen feiern.

**Odyssee Europa:** Die Ruhrgebietstheater haben sich zusammengeschlossen, um zeitgenössische Versionen von Homers „Odyssee“ zu spielen.

**TWINS 2010:** Europäer aus über 150 Partnerstädten des Ruhrgebiets werden zu gemeinsamen Kulturprojekten erwartet.

**Ruhratlas:** 18 kommunale Museen der Ruhr-Region entwickeln ein gemeinsames Ausstellungsprogramm mit dem Titel „mapping region“.



## Drei Fragen an Fritz Pleitgen

**Ist der vorgesehene Etat für ein Projekt dieser Größenordnung angemessen? Und woher könnte zusätzliches Geld kommen?**

Die nationale und internationale Bedeutung und die europäische Strahlkraft des Kulturhauptstadt-Ereignisses werden Politik und Wirtschaft immer bewusster. Wir erkennen zunehmend, welche große Dimension die Programmgestaltung und die Erwartung für unsere Arbeit annehmen. Die Wirkung von RUHR.2010 hängt natürlich entscheidend davon ab, ob wir die als sinnvoll und notwendig erachteten Projekte auch finanzieren können. Von vornherein haben wir es uns zum Ziel gesetzt, das von unseren Gesellschaftern und dem Bund zugesagte Basisbudget von 48 um zwölf Millionen Euro aufzustocken. Ein erster Schritt ist die Erhöhung der Bundesmittel von neun auf zwölf Millionen, so dass wir jetzt bei insgesamt 51 Millionen Euro liegen. Der Bund hat die klare Erwartung geäußert, dass sich nun auch die anderen Finanziers stärker in die Verantwortung nehmen lassen. Zusätzlich akquiriert RUHR.2010 Erfolg versprechend weitere Sponsoren aus der Wirtschaft.

**Fast 2.000 Vorschläge aus 53 Städten und Gemeinden. Jetzt muss ausgewählt werden. Könnte das nicht Zwist und Neid geben?**

Die Flut von Ideen hat gezeigt, wie hoch das Interesse ist, sich an RUHR.2010 aktiv zu

beteiligen. Doch von Anfang an war klar, dass es nicht nur Zu- sondern auch Absagen geben muss. Die künstlerischen Teams und das Direktorium der RUHR.2010 haben nun die verantwortungsvolle Aufgabe, die Projekte im Einzelnen zu prüfen und zu bewerten. Die Kriterien der Nachhaltigkeit, europäischen Modellhaftigkeit und Vernetzung liegen der Auswahl zugrunde. Wir rechnen damit, dass wir viele Enttäuschungen auslösen. Eine Auswahl ist aber unerlässlich, um eine übersichtliche und verständliche Gesamtdramaturgie für das Kulturhauptstadtjahr zu entwickeln. Mit der Kulturhauptstadt Europas haben wir die einmalige Chance, neue Bilder dieses drittgrößten Ballungsraums zu kreieren und in die europäische Öffentlichkeit zu senden. RUHR.2010 kann einen entscheidenden Beitrag zur Einigung des Ruhrgebiets als neue Metropole in Europa leisten. Daher bin ich überzeugt, dass sich die Ideengeber, denen im Einzelnen abgesagt werden muss, mit Blick auf diese Vision auch weiterhin mit der Kulturhauptstadt RUHR.2010 identifizieren werden.

Dr. h.c. Fritz Pleitgen ist Ehrendoktor der Universität Dortmund. Der gebürtige Duisburger war ab 1995 Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR) in Köln. Mit Ende seiner Amtszeit als Intendant wurde Pleitgen auf Initiative von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der Ruhr.2010 GmbH gewählt. Gesellschafter dieser 2006 gegründeten GmbH sind der Regionalverband Ruhr, das Land NRW, der Initiativkreis Ruhrgebiet und die Stadt Essen.

# Schlag auf Schlag

## „Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Professor  
Thomas Sternberg (CDU)



Claudia Nell-Paul (SPD)



**Kulturhauptstadt,  
das ist nicht nur Essen und  
Dortmund, sondern ...**

... 53 Städte und Kreise, Großstädte und ländliche Gebiete – ein Verbund mit großen kulturellen Stärken sowohl im rheinischen wie im westfälischen Teil des Ruhrgebiets. Die Kultur von Laienorchestern bis zu Opernhäusern ist in dieser Dichte einzigartig.

... die gesamte Region Ruhrgebiet mit all ihren Menschen.

**„Wandel durch Kultur, Kultur  
durch Wandel“ – in meinen Augen  
mehr als ein Slogan, weil ...**

... er einen wechselseitigen Prozess beschreibt. Das Ruhrgebiet hat sich von seinem Kohle- und Stahlimage gelöst und schafft mit kreativer Ökonomie den durch Subventionen viel zu lange hinausgeschobenen Strukturwandel. Die Städte setzen auf Kultur!

... es ein Lebensgefühl beschreibt: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu!“

**Testlauf „Ruhr-Triennale“ – für  
das Projekt Kulturhauptstadt hat  
sich dabei gezeigt, dass ...**

... das viel mehr als ein „Testlauf“ ist; die erstklassigen Programme haben an den etwas nostalgischen Orten die entsprechende Resonanz gefunden. Jetzt geht es um noch mehr Vernetzung mit den Theatern vor Ort und den nicht zu vergessenden Ruhrfestspielen.

... in einer Industrieregion hochkarätige internationale Kunst zu Hause ist.

**Zwölf Millionen Euro Landes-  
mittel für das Projekt Kulturhaupt-  
stadt sind in meinen Augen ...**

... eine sinnvolle Investition in die nachweisbaren dauerhaften Effekte nicht zuletzt im Tourismus. Aber fern von Umwegrentabilität: Die Städte von „Ruhr 2010“ wollen zeigen, was künstlerisch in dieser Region steckt und das wird weiter wirken im ganzen Land.

... ein Mindestbetrag, um den Erfolg sicherzustellen. Die beteiligten Kommunen brauchen darüber hinaus finanzielle Hilfe für ihren kulturellen Beitrag.

**Ohne das Projekt Kultur-  
hauptstadt würde der Image-  
wandel des Reviers ...**

... sicher schwieriger verlaufen, weil die alten Bilder zäh in den Köpfen bleiben. Die grünen Städte mit frischer Luft und sauberen Flüssen in der Mitte Nordrhein-Westfalens werden bekannter werden – und neben der musealen, alten Industrie die neue Hochtechnologie.

... langwieriger.

**Die Infrastruktur der  
Region ist dem erwarteten  
Besucheransturm ...**

... gewachsen, wenn auch noch viel zu tun ist; zum Beispiel die Erreichbarkeit der Zeche Zollverein. Wie sich die Orte zwischen Niederrhein und Sauerland als gemeinsames europäisches Kulturzentrum präsentiert können, das kann man in der Großregion Luxemburg 2007 lernen.

... noch nicht gewachsen – vor allem bei Hinweis- und Straßenschildern. Der Besucher kann sich schnell „verirren“.

**Bei aller denkbaren Vielfalt des  
Programms – mein persönliches  
Lieblingsprojekt ist...**

... „Jedem Kind ein Instrument“, die erste Aktion zur Kulturhauptstadt, ein beispielloses soziales, integrationspolitisches und künstlerisches Großprojekt, das ein Modell für das ganze Land werden wird. „JeKi“ zeigt: Kulturhauptstadt 2010 beginnt bei den Kindern.

... – mal  
abwarten!



## Diesmal sind es die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

Angela Freimuth (FDP)



Oliver Keymis (GRÜNE)



...das gesamte Ruhrgebiet und eine riesige Chance für das gesamte Kulturland Nordrhein-Westfalen und die Kultur- und Kreativ- aber auch die Tourismuswirtschaft.

...es die Dynamik einer vitalen Bürgergesellschaft beschreibt.

...ein international anerkanntes Festival ein gutes Fundament ist, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Kulturschaffenden eine lebendige Kulturszene weiterzuentwickeln.

...eine sinnvolle Investition in das Kulturland und in das Standortmarketing Nordrhein-Westfalen, insbesondere mit Blick auf nachhaltig wirkende Projekte.

...eine tolle Chance verlieren, die Herausforderungen und die Leistungen der Menschen mit Blick auf Strukturwandel und Innovation, Migration und Integration sowie bürgerschaftliches Engagement zu präsentieren.

... und den damit einhergehenden Herausforderungen im Jahr 2010 gewachsen.

... bei den vielen guten Projektbeiträgen noch nicht ausgewählt.

... auch „Trinken“ und Freie Szene, Schwerte und Dinslaken, Theater und Musik, Kinder und Jugendliche, Senioren und Chöre, Kultur von und für alle bis 2010 und vor allem ab 2010.

... sich in diesem Satz der enorme Wandel von der Industriekultur-Region zur Kultur-Industrie-Region widerspiegelt und heute bereits mehr Menschen im Kultur- und Medienbereich arbeiten als in der verbliebenen klassischen Ruhrindustrie.

... der Wandel durch Annäherung erfolgt. Die vielfältige Szene, das dichte kulturelle Angebot hier und die vielen tausend Gäste, welche die RuhrTriennale besucht haben, belegen eindrucksvoll, dass zusammenwächst, was zusammengehört: Leben – Arbeiten – Kultur.

... eine gute Grundlage für weiteres finanzielles Engagement aller Beteiligten. Wichtig ist, dass auch die vielen kreativen Projekte der Freien Szene, die Kultur in den Nischen der Metropole Ruhr im Rahmen von RUHR.2010 gefördert und gefordert werden.

... sicher langsamer vorstatten gehen. Imagewandel ohne Fundament aber bleibt Etikettenschwandel, deshalb kommt es auf nachhaltige Prozesse und glaubhafte Förderentscheidungen auch in die Breite der bisher rund 2.000 Kreativvorschläge an.

... noch nicht gewachsen. Es fehlt an Bus- und Bahnverbindungen, die Bahnhöfe der Region müssten dringend modernisiert und das ÖPNV-Angebot insgesamt verdichtet werden. Leider trifft „Berlin“ finanzpolitisch genau die gegenteiligen Entscheidungen!

... das gemeinsame Kulturerlebnis der Menschen in den Städten in der Metropole Ruhr und die vielfältigen kulturellen Aktivitäten in der Region neben den Kultur-Leuchttürmen, die natürlich auch weiterhin herausragen, aber eben nicht alles überstrahlen sollen.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:  
Jürgen Knepper und  
Axel Bäumer

## Landtag Nordrhein-Westfalen



# Debatte im Foyer

## Neue Veranstaltungsreihe im Landtag

Zum Thema „Wie viel Sicherheit verträgt die Freiheit – Rechtsstaat versus Präventionsstaat“ waren vier Herren aufs Podium geladen: Gerhart R. Baum (Bundesminister des Inneren a.D.), Dr. Heribert Prantl (Redakteur Süddeutsche Zeitung), Konrad Freiberg (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei) und der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke (von links nach rechts). Die Gesprächsleitung übernahm der Vizepräsident des Landtags, Oliver Keymis (Mitte).

*Interessante Talk-Gäste, ein aufmerksames Publikum, ein schöner Veranstaltungsort, eine Live-Übertragung im Internet und ein Mitschnitt, ausgestrahlt vom Fernsehsender Phoenix – der Auftakt zur neuen Veranstaltungsreihe „Debatte im Foyer“ am 22. November im Landtag war eine rundum gelungene Sache. „Ich freue mich, dass Sie so zahlreich gekommen sind – und dass vor allem so viele junge Menschen gekommen sind“, sagte Präsidentin Regina van Dinter zur Begrüßung. „Das beweist einmal mehr: Dieser Landtag ist ein offenes Haus.“*

Mit „Debatte im Foyer“ erweitert der Landtag sein Angebot um eine neue Veranstaltungsreihe. Während er sich in der ersten Hälfte der Legislaturperiode bei vielfältigen Gelegenheiten feierlich und volkstümlich präsentiert hat, geht es bei der Debatte im Foyer anders zu: nachdenklich, inhaltlich, kontrovers aber fair debattierend. Denn in der Reihe „Debatte im Foyer“ soll über die Tagespolitik hinaus zu aktuellen Fragen unserer Zeit diskutiert werden – mit Gästen, deren Namen mit anerkannten Fachkenntnissen zum anstehenden Thema verbunden sind.

Doch nicht nur die Podiumsteilnehmer, auch die knapp 300 Gäste konnten aktiv in die Debatte eingreifen. Im Gegensatz zu den Plenardebatten, bei denen die Abgeordneten stellvertretend für die Bürger diskutierten, konnten sie sich an diesem Abend zu Wort melden und die Diskussion durch ihren individuellen Erfahrungsschatz bereichern. „Wir haben ein unglaublich großes Wissensdefizit zum Thema Online-Durchsuchung“, stellte beispielsweise Professorin Dr. Britta Böckmann aus Dortmund am Mikrofon fest. Aus diesem Defizit resultiere das wachsende Misstrauen der Bevölkerung gegen die Sicherheitsmaßnahmen des Staates. „Warum gibt es nicht politische Initiativen, die sich ähnlich viel Mühe geben, unsere Daten zu schützen, als an unsere Daten heranzukommen?“, fragte die Informatikprofessorin. „Ich kann ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass diese Daten gerade bei Rechtsanwälten und Ärzten am wenigsten geschützt sind.“ Publikumsgast Gernot Röttgermann wies darauf hin, dass nicht nur die Online-Techniken, sondern auch Offline-Techniken wie Speicherkarten bei der Diskussion berücksichtigt werden müssten.

Gerhart R. Baum forderte deshalb ein neues Datenschutzrecht für Deutschland, da die bisherigen gesetzlichen Grundlagen die technologischen Entwicklungen nicht ausreichend nachvollziehen würden. Schon im Datenschutzrecht selber müssten entsprechende Vorrichtungen gegen den Missbrauch durch neue Technologien eingebaut werden. „Was passiert denn eigentlich, wenn fremde Personen Zugriff auf meine Festplatte haben?“ fragte Christian Wolf aus Wuppertal. „Warum soll ich davor Angst haben?“ Das Berufsgeheimnis sei durch die neuen Sicherheitsgesetze nicht mehr geschützt, erklärte hierzu Journalist Dr. Heribert Prantl und kritisierte die Bedrohung des Informantenschutzes durch die neuen Sicherheitsgesetze in Deutschland: „Die Pressefreiheit ist in Gefahr. Der investigative Journalismus geht kaputt.“ Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), forderte eine konstruktive Debatte über die zukünftigen Rahmenbedingungen staatlicher Sicherheit: „Natürlich verstehe ich, dass Menschen Angst haben vor der neuen Technik und was damit alles möglich ist“, so der Gewerkschafter. „Deswegen muss man diskutieren, was die Polizei können soll und wie das kontrolliert werden kann.“ In diesem Sinne machte BKA-Präsident

Jörg Ziercke deutlich, dass der Eingriff des Staates in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nur in juristisch abgesicherten und begründeten Einzelfällen möglich sei. „Das Bundeskriminalamt sammelt keine Daten auf Vorrat“, betonte Ziercke. „Wir speichern nicht die IP-Daten, die DNA-Profile oder Blutproben der deutschen Bevölkerung, um das ganz klar zu sagen.“ Einige Sekunden Schweigen herrschte nach der Frage von Politikwissenschaftsstudentin Jennifer Stachowiak, welche Alternativen die Kritiker denn zur Online-Durchsuchung sähen?

Und auch nach Ende der Diskussion blieb die Frage, wie viel Sicherheit die Freiheit im Staat denn nun vertrage, ein umstrittenes Thema. Einig waren sich die Bürgerinnen und Bürger nur in einem Punkt: Die gelungene Premiere der „Debatte im Foyer“ lässt auf interessante Folgeveranstaltungen hoffen. „Diese Initiative halte ich sowohl inhaltlich als auch organisatorisch für eine sehr begrüßenswerte Angelegenheit – nur mit derartigen Ideen kann es gelingen, Interesse an politischen Themen wieder zu beleben“, schrieb anschließend ein politisch Interessierter aus Rösrath. Am 20. Mai 2008 wird die nächste Debatte im Foyer stattfinden.

DD



Gernot Röttgermann

Christian Wolf

Prof. Dr. Britta Böckmann

Jennifer Stachowiak

# Viele Fragen nach Köln

## Ein Toter und ein angekündigter Amoklauf beschäftigen zwei Ausschüsse

*Im vergangenen Monat schreckten die Vorfälle an einem Kölner Gymnasium die Öffentlichkeit auf. Hatten zwei Schüler, 17 und 18 Jahre alt, konkret einen Anschlag geplant? War der Amoklauf durch die Polizei verhindert worden? Oder waren die beiden Jugendlichen von ihren Plänen inzwischen abgerückt? Wie dem auch sei – einer der beiden jungen Leute warf sich jedenfalls nach einer polizeilichen Befragung vor die Straßenbahn und wurde tödlich verletzt.*

Nach Trauer und Erschrecken im Land kamen im Landesparlament weitere Fragen auf, diesmal nach dem Verhalten öffentlicher Stellen. Innen- und Schulausschuss versuchten vor wenigen Tagen in einer gemeinsamen Sitzung, zur Aufklärung beizutragen. Geleitet wurde die Sitzung von Winfried Schittges (CDU, Innenausschuss) und dem stellvertretenden Schulausschussvorsitzenden Michael Solf (CDU). Rede und Antwort standen Sprecher von Innen- und Schulministerium.

In der Sitzung wurde deutlich: Köln ist leider kein Einzelfall. Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) nannte erschreckende Zahlen. Seit dem Amoklauf von Emsdetten vor einem Jahr habe es im Land nicht weniger als 400 Hinweise auf möglichen Taten gegeben, 87 davon habe man als ernst eingeschätzt – „eine unglaubliche Zahl von Trittbrettfahrerei“, konstatierte der Minister. Dass nichts Schlimmes passiert sei, wertete der Minister nicht zuletzt als Erfolg der polizeilichen Arbeit.

Während die beiden beteiligten Minister, Dr. Ingo Wolf (FDP) und Barbara Sommer (CDU), einhellig betonten, dass zwischen ihren Häusern (Innenres und Schule) jederzeit enge Abstimmung geherrscht habe und dass von einem Dissens über die Maßnahmen bei einem Amoklauf in Schulen keine Rede sein könne, hakte die Opposition nach. Dr. Karsten Rudolph (SPD) berichtete von Verunsicherungen in den Schulen des Landes. Dort sehe man durchaus Differenzen bei den Mitteln, mit denen bei einer konkreten Gefährdung zu reagieren sei: Eher Verbarrikadieren, wie es das Schulministerium in seinem Notfallplan anrate, oder lieber die Schule räumen, wie die Polizei nahelegt?

Sigrid Beer (GRÜNE) brachte den Antrag ihrer Fraktion zur Gewaltprävention in Schu-

len ins Spiel: Der hätte das Zeug zu einem gemeinsamen Antrag, doch die CDU habe davon nichts wissen wollen. Sie nannte eine weiteres in ihren Augen unstimmbiges Detail: Solle die Lautsprecherdurchsage in einem Amokfall verschlüsselt oder unverschlüsselt erfolgen – auch hier gebe es keine eindeutige Auskunft.

Monika Düker von den Grünen sah im konkreten Kölner Fall das polizeiliche Mittel der „Gefährderansprache“ als zweifelhaft an. Die Polizei schätzt diese vorbeugende Kontaktaufnahme mit Intensivtätern oder Fußball-Hooligans bei denen als sehr erfolgreich ein. Ob das Konzept aber auf alle anderen Zielgruppen wie auch Schüler anzuwenden sei, schien der Abgeordneten zumindest

eindrücklich“. Darum, so die Bitte des FDP-Abgeordneten, sollten die beiden Ausschüsse feststellen, „dass es keine erkennbaren Fehler bei Schule und Polizei gegeben hat“. Die Opposition sah zu diesem Zeitpunkt dazu keinen Anlass. Engels Koalitionskollege Theo Kruse (CDU), fand, Lehrer und Polizei hätten Rückendeckung durch die Politik verdient. Die Opposition sollte, statt reflexartig zu reagieren und zur Fehlersuche bei der Landesregierung aufzubrechen, gemeinsam mit der Koalition überlegen, „wie wir einen Beitrag zur Vermeidung von Gewalt in Schulen leisten können“.



Mitgebracht und verteilt im Schulausschuss – der gerade erst fertiggestellte Ordner mit den Notfallplänen aus dem Schulministerium. Foto: Schälte

weiteres Nachdenken wert.

Ute Schäfer (SPD) fand, hier sollten besser Schulpsychologen zum Einsatz kommen.

Für die Liberalen im Landtag meinte Horst Engel nach den Erläuterungen der beiden Ministerien, die Auskünfte seien „be-

Auf die Frage, was seit Emsdetten im Land passiert sei, nannte Schulministerin Sommer eine ganze Reihe von Stichpunkten. Es gebe ja nicht nur den jüngst an die Schulen verteilten Notfallplan, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um mögliche Verzweiflungstaten von gefrusteten oder gemobbten Schülern zu verhindern. In NRW werde früh gefördert, die Sitzbleiberquote werde reduziert, zur Senkung der Jugendkriminalität werde eng mit der Polizei zusammengearbeitet, Jungen würden speziell gefördert, die schulpyschologische Hilfe werde ausgebaut und Schulschiedsstellen arbeiteten im Land. Aber, mahnte die Ministerin: „Nur im Zusammenspiel greifen diese Maßnahmen.“ JK

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

**B**ürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horizon, ist für den 17. Dezember 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

**W**ie konnten Inhalte aus einem vertraulichen Prüfbericht des Landesrechnungshofs (LRH) an die Öffentlichkeit gelangen? Diese Frage beschäftigte den **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD). Laut Presseberichten wirft der LRH dem Zentrum für Türkeistudien die Verschwendung von Steuergeldern vor. Angeblich sei in dem Bericht die Rede von üppigen Spesenabrechnungen und einem „Symposium“ in einer Luxushotelanlage in der Türkei. Direktion und Geschäftsführung des Zentrums weisen die Vorwürfe zurück. Abgeordnete aller Fraktionen äußerten sich irritiert darüber, dass der Informationsfluss zu den Medien besser als zum Parlament funktioniere. Erst gut eine Woche nach den ersten Presseartikeln, in denen bereits detailliert aus dem Bericht zitiert worden war, wurde der 21-seitige Sonderbericht den Abgeordneten übermittelt. Der Ausschuss forderte eine „lückenlose Aufklärung“ in der Frage, ob die Vorwürfe zuträfen und an welcher Stelle geheime Informationen nach außen gesickert sind. Der **Ausschuss für Haushaltskontrolle** (Vorsitz Rolf Seel, CDU) wird sich am 11. Dezember, 13.30 Uhr, in einer Sondersitzung mit diesen Fragen beschäftigen.

+++

**K**ünftig soll in allen NRW-Krankenhäusern mit Intensivbetten ein Transplantationsbeauftragter eingesetzt werden. Darauf verständigte sich einstimmig der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Bislang bildet NRW in Deutschland und Mitteleuropa immer noch eines der Schlusslichter bei der Zahl der Organspenden. Die Einführung eines Transplantationsbeauftragten soll dazu dienen, diese Entwicklung umzukehren und die Zahl der Organspenden hierzulande zu erhöhen. Seine

Aufgabe wird es sein, Ärzten und Patienten als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und Angehörigen im Fall der Entscheidung zur Organspende zu beraten. Zudem soll er für die notwendige Fortbildung des Krankenhauspersonals insbesondere in medizinischen und ethischen Fragen rund um die Organspende sorgen.

+++

**F**ür eine Gleichbehandlung von angestellten und verbeamteten Staatsdienern und damit gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge (Drs. 14/5198)



sprachen sich jetzt Sachverständige – allen voran Gewerkschaftsvertreter – aus, die im Rahmen einer Anhörung im **Unterausschuss „Personal“** (Vorsitz Martin Börschel, SPD) gehört wurden. Der Regierungsentwurf sieht vor, das Gehalt der Beamtinnen und Beamten erst ab dem 1. Juli 2008 um 2,9 Prozent anzuheben, während Angestellte diese Erhöhung bereits ab dem 1. Januar 2008 erhalten sollen. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit, die Streichung des Urlaubsgeldes sowie die Kürzung des Weihnachtsgeldes sei den Beamten in der Vergangenheit bereits genug zugemutet worden, so der Vorhalt der Gewerkschaften. Die Landesregierung hingegen erklärt ihr Vorhaben mit dem fortbestehenden Konsolidierungszwang

des Landeshaushalts. Voraussichtlich noch im Dezember will der Landtag über den Gesetzentwurf abschließend beraten.

+++

**E**ine mögliche Bewerbung der Stadt Duisburg um die Austragung der World Games 2013 rückt in weite Ferne. „Das Projekt ist aus finanzaufsichtlichen Gründen nicht zu befürworten“, erklärte Werner Stürmann, Abteilungsleiter aus dem Innenministerium, den Abgeordneten im **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Die seit Jahren defizitäre Haushaltslage Duisburgs erlaube keine Spielräume für eine derartige sportliche Großveranstaltung. Da die Stadt unter Haushaltsaufsicht stehe, dürfe sie nur solche Aufgaben finanzieren, zu denen sie rechtlich verpflichtet sei oder die unbedingt notwendig wären. „Beides trifft auf die World Games nicht zu“, erklärte Stürmann. Duisburg hat bereits angekündigt, sich nur dann bewerben zu wollen, wenn die Veranstaltung gänzlich ohne städtische Mittel auf die Beine gestellt werden könne. Bereits im Jahr 2005 hatte die Stadt gemeinsam mit Bottrop, Oberhausen und Mülheim an der Ruhr die Weltspiele der nicht-olympischen Sportarten ausgetragen – mit derart großem Erfolg, dass der Internationale Verband für Weltspiele (IWGA) Duisburg erneut zur Bewerbung aufgerufen hat.

+++

**Ü**ber Projekte zur Entwicklung von umweltfreundlicheren Kraftfahrzeugen haben Vertreter von Automobilindustrie und Wissenschaft den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) sowie die **Enquetekommission zu den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW** (Vorsitz Reiner Priggen, GRÜNE) informiert. Die öffentliche Anhörung lief unter dem Titel: „Nordrhein-westfälische Automobilindustrie als Fortschrittsmotor für Innovationen und kraftstoffsparende Technologien“. Sogenannte Hybrid-Motoren (Kombination von Antriebsarten, meist Elektro- und Benzinmotoren) seien nur eine von vielen Möglichkeiten bei den Entwicklungsbemühungen um effizientere Antriebsenergien, so die Vertreter der Automobilindustrie. Mit großem Engagement verfolge die Automobilindustrie derzeit die (Weiter-)Entwicklung von wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellenfahrzeugen. Eine Serienfertigung von Brennstoffzellenfahrzeugen werde es aber wohl frühestens ab dem Jahre 2010 geben.



## Meinungsaustausch ...

... an der Isar: Landtagspräsidentin Regina van Dinker (M.) und das Präsidium des NRW-Parlaments trafen sich in München mit ihrem bayerischen Amtskollegen Alois Glück (2.v.r.). Themen des Gesprächs waren unter anderem die konkrete Ausgestaltung von Projekten der Landtage im Bereich Jugend und Politik sowie die Absicht, Parlamentsdebatten interessanter und lebhafter zu gestalten. Hier berichtete Glück über Erfahrungen, die der bayerische Landtag gemacht hat. Mit auf dem Bild die Vizepräsidenten Edgar Moron (r.) sowie Oliver Keymis (3.v.l.), Peter Maicher, Direktor des Bayerischen Landtags (L.), und der Direktor beim Landtag NRW, Peter Jeromin (2.v.l.). Foto: Bayerischer Landtag

## Gesund essen muss man lernen

### Anhörung: Ernährungs- und Verbraucherbildung braucht mehr Gewicht

„Früher war alles besser. Die Frauen konnten noch kochen, das Essen war gesund, Hauswirtschaftsunterricht die Regel und dicke Kinder die Ausnahme.“ Es war eine bewusst überspitzte Sicht, mit der Dieter Greese vom Kinderschutzbund die Anhörung zum Antrag der Grünen „Gesund essen, bewusst leben lernen – unverzichtbare Kulturtechnik Ernährungs- und Verbraucherbildung“ (Drs. 14/2106) im Schulausschuss (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) eröffnete. Gleichwohl: Tatsache ist, dass die Krankheitskosten durch falsche Ernährung in Deutschland bei 71 Milliarden Euro pro Jahr liegen – einem Drittel aller Kosten im Gesundheitswesen. Tendenz steigend.

Handlungsbedarf ist also da. Darin waren sich Experten und Fachpolitiker einig. Aber wie lösen wir das Problem? Das wollten letztere von ersteren wissen. Zunächst mit einer „Kleinigkeit“, wurde geantwortet: „Benennen Sie das Fach Hauswirtschaftslehre um in Ernährungs- und Verbraucherbildung.“ So lautete der einhellige Rat der Sachverständigen. Ebenso einig waren sich die Fachleute aber auch darin, dass es allein mit Etiketten oder plakativen Aktionen nicht getan ist. „Ernährungsbildung muss erstens verbindlich ins Schulprogramm. Zweitens gehört das Thema Gesundheits- und Ernährungsförderung in allen Bildungsstrukturen verankert. Und drittens müssen wir Gesundheitsthemen stärker in die Pädagogischen Seminare integrieren“, fasste Angelina Ribeiro von Wersch von der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh zusammen. „Tatsächlich sind wir die einzig verbliebene Einrichtung in NRW, die Lehrer in diesem Bereich ausbildet“, ergänzte Professor Dr. Kirsten Schlegel-Matthies von der Universität Paderborn. Das sei deshalb besonders schlimm, weil Kompetenzvermittlung in diesem Bereich in der Familie immer weniger die Regel sei. „Und das wird sich verstärken“, kritisierte sie die Entscheidung, Hauswirtschaftslehre in der Realschule nicht mehr verpflichtend anzubieten.

Trotzdem: „Wir müssen die Eltern mit einbinden“, betonte Ulrike Kamp vom Rheinischen Landfrauenverband. Ihre Organisation stelle seit Jahren fest, dass in einer ganzen Generation Alltagskompetenzen einfach verloren gegangen seien. Mal abgesehen davon, dass Hauswirtschaft definitiv mehr sei, als nur zu kochen. Zwar engagiere sich der Landfrauenverband in verschiedenen Projekten, eine Lösung für das Problem insgesamt habe aber auch sie, Kamp, nicht parat. „Wir haben die Modelle. Wir müssen nur endlich raus aus der appellativen Phase“, verlangte Professor Dr. Ines Heindl vom Institut für Ernährungs- und Verbraucherbildung an der Universität Flensburg.

Ganz konkrete Vorschläge hatte Heike Wittig, Lehrerin an der Gesamtschule Lemgo, mitgebracht: Ein gemeinsames Frühstück im Klassenverband, eine Butterbrot-Tauschbörse, schulische Gesundheitswochen, regelmäßige Bewegungseinheiten oder die Umstellung schul-

eigener Kioske auf gesunde Nahrungsmittel, schlug sie aus der Praxis vor.

Offen blieb die Frage, wie man das Thema in den pädagogischen Alltag integrieren kann. Durch eine Ausweitung der Hauswirtschaftsstunden von der fünften bis zur zehnten Klasse oder eine Kooperation verschiedener Fächer, die Integration ins Schulprofil – alles Möglichkeiten. Einige davon werden derzeit in Schleswig-Holstein im Rahmen eines Modellversuchs getestet. So sind die Themen Gesundheit und Ernährung seit drei Jahren verpflichtender Bestandteil der Lehrerbildung, demnächst startet ein Modell an einzelnen Schulen, im Fächerverbund „Arbeit-Wirtschaft-Verbraucherbildung“ zu unterrichten.

Klar sei, so Fachpolitiker und Experten, dass man dazu auch die Unterstützung von Organisationen außerhalb der Schule braucht. Doch daran, so Ursula Tenberge-Weber von der Verbraucherzentrale NRW, solle es nicht scheitern. Dabei fand das Anliegen des Grünen-Antrags ebenso ihre Unterstützung, wie die Idee der Landesregierung, ein Netzwerk „Gesunde Ernährung im Ganztags“ ins Leben zu rufen. vok



Die gesunde Alternative zu Schokoriegel & Co.  
Foto: Schälte



## Flucht und Vertreibung stärker als Gegenwartsproblem aufgreifen

Wir müssen die Integrationsleistungen der Vertriebenen besser würdigen und Flucht und Vertreibung stärker als Gegenwartsproblem aufgreifen“, sagt Horst Westkämper (Foto), Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler der CDU-Landtagsfraktion. Nach den Verbrechen des Nationalsozialismus, sind rund 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben worden. Westkämper: „Die Vertriebenen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden. Sie haben tatkräftig mitgeholfen, unser Land wieder aufzubauen und Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich und kulturell bereichert und geprägt.“

Ein Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung hat heute seine Wurzeln in der Heimat der Vertriebenen. Zugleich sei jedoch festzustellen, dass die Erlebnissgeneration von Flucht und Vertreibung altersbedingt immer

weniger vertreten ist. „Es ist deshalb umso wichtiger, vor allem die junge Generation über die Hintergründe, Umstände und Folgen von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten Europas aufzuklären und über die Integration der Heimatvertriebenen in die deutsche und nordrhein-westfälische Gesellschaft zu informieren“, sagte der CDU-Migrationsexperte.

In einem Antrag hat die Koalition jetzt die Landesregierung dazu aufgefordert, eine Lehrerhandreichung zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung zu erstellen. Westkämper: „Hierbei sollten die beispielgebenden Erfahrungen anderer Bundesländer berücksichtigt und gemeinsam ausgebaut werden. Wichtig ist auch, die



Themen Flucht und Vertreibung über die Schule hinaus in den entsprechenden Institutionen der Erwachsenenbildung und im Angebot der Landeszentrale für politische Bildung verstärkt zu berücksichtigen. Außerdem gilt es, Schulen zu ermutigen, lokal bestehende Kontakte mit Zeitzeugen im Rahmen von Vorträgen, Gesprächen und Workshops zu nutzen. Einrichtungen und Museen sollen stärker als bisher als außerschulische Lernorte begriffen werden. Die CDU-Landtagsfraktion wirbt in diesem Kontext dafür, didaktische Konzepte zu entwickeln, die den historischen Zusammenhang früherer deutscher Landschaften vermitteln und dabei auch den europäischen Kontext verstärkt berücksichtigen.“ ■

## „Großer Stutenkerl“ 2007 für FDP-Landtagsfraktion



Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes ein und will Ostersonntag, Pfingstsonntag und am 1. Weihnachtstag den Verkauf von Backwaren und Blumen ermöglichen. Für diese Initiative und ihre mittel-

standsfreundliche Politik ist die FDP-Fraktion mit dem „Großen Stutenkerl“ des Bäckerinnungsverbandes Westfalen-Lippe ausgezeichnet worden. Im Rahmen der Fraktionssitzung am 27. November überreichte Landesinnungs-

meister Heribert Kamm den Preis an Fraktionschef Gerhard Papke. Kamm betonte dabei, dass für den Verband die Initiative der Fraktion, Geschäften für ein begrenztes Warenangebot auch am Ostersonntag, Pfingstsonntag und 1. Weihnachtstag für die im Gesetz vorgesehenen fünf Stunden eine Öffnung zu erlauben, ausschlaggebend gewesen sei. Bereits im April 2007 waren die Liberalen unter Federführung

des FDP-Wirtschaftsexperten Dietmar Brockes initiativ geworden und hatten einen Beschluss zur Erweiterung des Ladenöffnungsgesetzes gefasst. „Wir wollen schnell erreichen, dass Bäckereien, Floristen und Konditoren auch an allen Feiertagen zu Ostern, Weihnachten und Pfingsten öffnen dürfen“, sagte Papke. Eine solche Regelung liege im Interesse der Bürger in Nordrhein-Westfalen. Kamm unterstrich, wie wichtig es für die mittelständischen Bäckereien sei, zusätzlich zu den zweiten auch an den ersten Feiertagen ihre Waren verkaufen zu dürfen. „Zur alten Regelung, wie von Rot-Grün gefordert, nur am Ostersonntag, Pfingstsonntag und ersten Weihnachtstag öffnen zu dürfen, wollen wir auch nicht mehr zurück.“

Der über einen Meter große und fünf Kilogramm schweren „Kerl“ wurde neben 85 kleineren Stutenkerlen den Kindern der integrativen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Raphael-Haus in Düsseldorf gestiftet. ■



## Sechs-Meter-Tanne schmückt Foyer der SPD-Fraktion

NRW  
SPD  
Die Fraktion

Eine sechs Meter hohe Tanne schmückt seit vergangener Woche das Foyer vor dem SPD-Fraktionsaal im Düsseldorfer Landtag. Spendiert hat die eindrucksvolle Nordmann-Tanne der SPD-Bürgermeister von Brilon, Franz Schrewe, der persönlich zur feierlichen Übergabe aus dem Sauerland anreiste. Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft freute sich gemeinsam mit den Sauerländer Abgeordneten Wolfram Kuschke, Karsten Rudolph und Gerd Stüttgen über das vorweihnachtliche Geschenk. Spontan stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten zum Dank mit „Oh Tannenbaum“ das erste Weihnachtslied in diesem Jahr an: „Die Hoffnung und Beständigkeit gibt Trost und Kraft zu jeder Zeit.“ ■



## Dem Beispiel Baden-Württemberg folgen!

**DIE GRÜNEN** —  
im Landtag NRW

### Ein „Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG)“ auch für NRW

Die Wärme- und Warmwasserversorgung von Gebäuden ist für rund 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. In NRW gibt es etwa acht Millionen Wohnungen, die auch heute noch ganz überwiegend mit Öl, Gas oder Strom beheizt werden. Zur Erreichung der Klimaschutzziele gilt es, einen möglichst großen Anteil der erforderlichen Energie für Heizwärme und Warmwasser aus Erneuerbaren Energien bereitzustellen.

Die Große Koalition in Berlin hat zwar ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz angekündigt, ist bisher in der Umsetzung aber nicht vorangekommen. Noch ist völlig offen, ob CDU und SPD überhaupt ein solches Gesetz beschließen werden.

Die CDU/FDP-Landesregierung in Baden-Württemberg hat einen Vorschlag der dortigen Grünen Landtagsfraktion aufgegriffen und ein „Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG)“ eingebracht, das nun mit den Stimmen von CDU, GRÜNEN und FDP verabschiedet wurde.

Kernpunkte dieses Gesetzes:

- Ab dem 1. April 2008 müssen neu zu errichtende Wohngebäude mindestens 20 Prozent ihres Wärmebedarfs aus Erneuerbaren Energien decken. Das kann durch solarthermische Anlagen (Sonnenkollektoren), geothermische Anlagen (zum Beispiel Wärmepumpen) oder Biomasseheizungen (Holzpellets, Pflanzenöl oder Biogas) geschehen.
- Ab dem 1. Januar 2010 müssen auch Altbauten mindestens 10 Prozent ihres Wärmebedarfs aus Erneuerbaren Energien decken. Die Pflicht entsteht, wenn Heizungsanlagen ausgetauscht werden.
- Ein Hauseigentümer kann von dieser Verpflichtung entbunden werden, wenn das Haus besonders energieeffizient (mindestens 30 Prozent unter dem Standard der Energieeinspar-Verordnung liegt) oder das Haus durch eine hocheffiziente Kraft-Wär-



me-Kopplungsanlage (KWK) beheizt wird.

Trotz einiger Defizite ist das beschlossene baden-württembergische Erneuerbare-Wärme-Gesetz ein Meilenstein für eine nachhaltige Energieversorgung von Gebäuden und für den Klimaschutz. Es setzt Innovationsanreize bei der Heizungstechnologie und wird tausende Arbeitsplätze sichern und neu schaffen.

Die CDU/FDP-Landesregierung in NRW hat bisher die Verabschiedung eines solchen Gesetzes abgelehnt. So droht NRW als Energieland Nr. 1 auf einem wichtigen Feld der Energiepolitik erneut von einem anderen Bundesland abgehängt zu werden. Warum ist ein solches Gesetz im Schwarz-Gelb regierten Baden-Württemberg möglich, in NRW aber nicht...?

Deshalb hat die Grüne Fraktion das baden-württembergische EWärmeG 1:1 in den Landtag von NRW eingebracht. ■



## LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN PETITIONSAUSSCHUSS

Foto: Wuwer

# Auf Augenhöhe

## Petitionsausschuss hilft Menschen in Coesfeld

*Viele Wege führen in die Landeshauptstadt Düsseldorf. Um Bürgerinnen und Bürgern aus entfernten Landesteilen aber die meist lange Anreise zu ersparen, nimmt der Petitionsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen den umgekehrten Weg und besucht regelmäßig die Städte und Gemeinden. Jüngst ging es ins münsterländische Coesfeld.*

Der Besuch dort hat sich für die Volksvertreter und für die Bevölkerung in der Region gelohnt: Über 25 Bürgerinnen und Bürger kamen in die dortige Kreisverwaltung, um dem Petitionsausschuss ihre Bitten und Beschwerden näher zu bringen. Mit der Ausschussvorsitzenden Inge Howe sowie Elisabeth Veldhues (beide SPD), Hubertus Fehring und Reinhold Sendker (beide CDU) waren vier Abgeordnete aus dem Petitionsausschuss vor Ort. In vertraulichen Einzelgesprächen nahmen sie sich Zeit für die Menschen aus dem Münsterland. „Die Anliegen der Bürger hatten allesamt Hand und Fuß“, zogen die Politiker ein erstes Fazit kurz nach der Sprechstunde.

In den Gesprächen auf gleicher Augenhöhe schilderten die Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen im alltäglichen Umgang mit kommunalen Ämtern und Behörden. Oft zeigten sie sich positiv überrascht, wie unkompliziert der Austausch mit den Ausschussmitgliedern verlaufen ist. „Ich hätte mir diese Sprechstunde sehr viel bürokratischer und viel komplizierter vorgestellt“, meinte eine Frau aus der benachbarten Gemeinde Billerbeck. Erst habe sie sich nicht zur Sprechstunde getraut, sich dann aber von einem Bekannten überreden lassen. „Wer sich gegenüber den Behörden erst gar nicht für sein Recht einsetzt, der hat schließlich schon vorher verloren.“ Diesen Gedanken teilten viele der Bürgerinnen und Bürger, die sich in Coesfeld mit einer Petition an den Ausschuss wandten. Das Themenspektrum ihrer vorgetragenen Fälle war ausgesprochen vielfältig – von baurechtlichen Angelegenheiten bis hin zu hochsensiblen, sozialfürsorglichen Fragestellungen.

Ein Grundstückseigentümer aus Ahaus beschwerte sich über einen angrenzenden Spediti-

onsbetrieb, der zeitweise mit über 30 Lastwagen die Wohnqualität gänzlich ruiniere und von der zuständigen Stadtverwaltung am Standort schon seit vielen Jahren geduldet werde. Eine auf den ersten Blick unscheinbare Parkbank bereitete einer Bürgerin aus Senden große Sorgen. Diese Bank vor ihrer Eigentumswohnung sei zu einem täglichen Treffpunkt für die lärmende Jugendszene geworden und mache damit besonders im Sommer einen erholsamen Aufenthalt auf dem Balkon unmöglich. Zwar habe die Stadtverwaltung weitere Sitzbänke bereits entfernt, die eine Bank jedoch trotz wiederholter

Beschwerde der Bürgerin und ihrer Nachbarschaft an Ort und Stelle gelassen.

Allein oder in kleinen Gruppen mit Freunden und Verwandten nutzten die Menschen aus Coesfeld und der weiteren Umgebung die Bürgersprechstunde, um ihre Ärgernisse sachlich und möglichst anschaulich zu beschreiben. So äußerte eine Bürgerinitiative ihren Unmut über den Bau eines privat betriebenen Krematoriums in einem Dülmener Gewerbegebiet. Die Vertreter der Initiative warfen im Gespräch die Frage auf, ob die Feuerbestattung in einem derartig unternehmerisch geprägten Umfeld der grundgesetzlich geschützten Menschwürde angemessen sei. Diese und viele weitere schriftlich ausformulierte Petitionen nahm der Ausschuss des Landtags zur weiteren Beratung mit auf die Rückreise nach Düsseldorf.

Etwa drei Monate werden die Petenten nun auf ein entsprechendes Antwortschreiben aus der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt warten müssen. In dieser Zeit beschäftigt sich der Petitionsausschuss ausführlich mit der Überprüfung der Anliegen und fordert die zuständigen Fachministerien zu einer Stellungnahme auf. Die 22 Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen müssen dann über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen und haben darüber hinaus die rechtliche Möglichkeit, den konkreten Fall etwa durch Ortstermine und Gespräche mit den Betroffenen noch intensiver zu erörtern. Das bedeutet für den Ausschuss viel Arbeit, aber auch die Gewissheit, den Bürgerinnen und Bürgern möglicherweise direkt geholfen zu haben. So soll es auch in Zukunft bleiben: Im kommenden Frühjahr geht der Petitionsausschuss erneut auf Reisen quer durch das Land. SW

## Kranzniederlegung ...

... in Babij Jar – im Auftrag von Landtagspräsidentin Regina van Dinter ehrten Werner Jostmeier (l.) und Bernhard Tenhumberg (r.) die Opfer an der Stelle, die dem Gedächtnis der 1941 von den Nationalsozialisten ermordeten über 30.000 Juden gewidmet ist. Die Parlamentarier nahmen an der Partnerschaftskonferenz „Das europäische Haus gemeinsam gestalten“ in der ukrainischen Hauptstadt Kiew teil. Sie verabschiedeten dabei die „Kiewer Erklärung“, die sich mit Blick auf die europäische Zivilgesellschaft für ein Europa ohne Trennlinien ausspricht.



## Porträt: Sigrid Beer (GRÜNE)



Für eine erfolgreiche politische Karriere im Landtag bringt Sigrid Beer gute Voraussetzungen mit. Die 51-jährige Abgeordnete ist engagiert, hat im Fachbereich Schule fundiertes Wissen und ist als Protestantin und Grüne aus der Diaspora Paderborn hinreichend gestählt, um den Herausforderungen einer Parlamentarierin in der Opposition gewachsen zu sein. Den berühmten Satz „Opposition ist Mist“ lässt Sigrid Beer denn auch – zumindest für die eigene Person – nicht gelten.

Als Beispiel für hartnäckiges Verfolgen politischer Ziele nennt die Abgeordnete ihr Eintreten für den gesetzlichen Anspruch sozialschwacher Schülerinnen und Schüler auf

ein warmes Mittagessen in den Schulen. „Da haben wir so viel Druck gemacht, dass der Ministerpräsident Stellung nehmen musste“, sagt Sigrid Beer. Als im Sozialbericht des Landes die gleichen Forderungen zu lesen waren, habe das Thema eine solche Dynamik entwickelt, dass kurzfristig ein Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ beschlossen wurde, aus dem für das laufende und das kommende Jahr jeweils zehn Millionen Euro gezahlt werden. Um weitere Gelder für die Schulspeisung locker zu machen, brachte die GRÜNE-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf ein. Der hat zwar nur geringe Aussicht auf Erfolg, doch mit einer Anhörung im Frühjahr 2008 wollen die Grünen weiter für Akzeptanz werben.

Schon früh hat sich Sigrid Beer stets für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Bereits als 13-Jährige hat sie in evangelischen Ferienfreizeiten mitgearbeitet. Noch vor Abschluss ihres Studiums als Diplom-Pädagogin war sie mit einer Sondererlaubnis als Lehrerin tätig. Von 1980 bis 1987 arbeitete Beer in der Kinder- und Jugendarbeit als Leiterin eines Hauses der Offenen Tür. Danach war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Paderborn. Seit 2002 ist sie freiberufliche Erziehungswissenschaftlerin, Gutachterin und Fachautorin.

Über ihr Engagement für Kinder ist Sigrid Beer auch zur Politik gekommen. In den Tagesstätten ihrer drei Kinder beteiligte sie sich an der Elternarbeit. Dann gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern einer Elterninitiative für die erste Gesamtschule in Paderborn. 1995 holten GRÜNE und SPD gemeinsam sie als sachkun-

dige Bürgerin in die Bezirksvertretung. Parallel engagierte sie sich zunächst in der Landes-, später in der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung/Schule. 2004 war sie Bürgermeisterkandidatin in Paderborn. Als sie danach gefragt wurde, ob sie für den NRW-Landtag kandidieren wolle, habe sie nach einer gründlichen Beratung mit der Familie zugesagt. 2005 zog Sigrid Beer als Abgeordnete in den Landtag ein.

Sie hatte Glück, denn sie kam auf Anhieb in ihre Wunschausschüsse. Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist die Grüne Sprecherin ihrer Fraktion und im Petitionsausschuss stellvertretende Vorsitzende und außerdem Sprecherin. „Mit diesen Ausschüssen habe ich zwei wunderbare Standbeine, mit denen ich hier im Landtag grüne Politik vertrete. Da kommen sehr viele Fäden aus meiner Lebensbiographie wieder zusammen“, bilanziert die Abgeordnete.

Besonders wichtig ist Sigrid Beer die Wahlkreisarbeit. „Ich bin viel vor Ort und habe feste Sprechstunden. Die Termine sind immer ausgebucht. Ich fahre auch zu Leuten nach Hause, wenn es anders nicht geht“, erklärt die Parlamentarierin. Das passe gut zu ihrer Arbeit im Petitionsausschuss. Außerdem stärke der Einsatz an der Basis die Glaubwürdigkeit der Politiker, meint Sigrid Beer, die sich mittlerweile in der politischen Arbeit so zu Hause fühlt, dass sie für die nächste Legislaturperiode wieder kandidieren möchte.

Privat fährt Sigrid Beer, wie es zu einer Grünen passt, gerne Rad, ist aber auch mit Hund Hamlet unterwegs. Die Hausarbeit wird in der Familie aufgeteilt, „allerdings“, lacht Sigrid Beer „seit ich Abgeordnete bin, wird bei uns kein Gemüse mehr angepflanzt, dafür haben wir jetzt sehr viel grüne Höhle in unserem Garten“.

*Autorin: Gerlind Schaidt*

## FCL: Hitziger Kampf

Am dritten Tag seiner Andalusien-Reise traf der FC Landtag NRW in der Mittagshitze im Stadion von Chiclana auf das Team der Provinz Cadiz, das sich aus Politikern, Sportjournalisten und Jungprofis formiert hatte. Gleich von Beginn an entwickelte das spanische Team starken Druck und rollte in Wellen auf das von David Euteneuer gehütete FCL-Tor. Bernhard Tenhumberg, Werner Lohn, Hubert Kleff, Wolfgang Euteneuer, Werner Sesterhenn, Dirk Schüttrumpf und Hans Zinnkann stemmten sich den Attacken der Spanier entgegen. Jürgen Coße, Norbert Stiens und Oskar Burkert versuchten das Spiel zu beruhigen und zu einem kontrollierten Spielaufbau zu gelangen. Das gelang zu selten.

So blieben die 186-jährigen FCL-Sturmspitzen Günter Langen, Willi Nowack und Werner Mayer zunächst stumpf. In der Hälfte des FCL dagegen brannte es lichterloh und ohne die Paraden von David Euteneuer und vor allem die

fanatische Unterstützung des mitgereisten FCL-Anhangs wäre die Mannschaft wahrscheinlich schon in der ersten Halbzeit zusammengebrochen. Selbst Manager Calli Lehne stürzte sich ins Getümmel und half seiner Mannschaft mit einem mustergültigen Einwurf. In der zweiten Halbzeit hielt es auch Theo Peschkes nicht mehr auf der Auswechsellbank. Dem FCL gelangen auch einige sehenswerte Ballstafetten und schon ergaben sich auch Torchancen. Der Ausgleich war nahe. Doch es kam anders.

Fast mit dem Pausenpfeiff hatte der FCL das 0:1 kassiert. Weitere Tore fielen erst, als die Helden aus NRW müde wurden. Kein Zweifel: Der FCL hat sich teuer verkauft und es einer wesentlich jüngeren Mannschaft schwer gemacht, ihn zu besiegen. Ach ja, das Endergebnis: 0:4. Aber darauf kam es bei einer solchen Freundschaftsbegegnung nicht an. Vielleicht hätte der FCL doch die Abgeordnete Rita Klöpfer ins Tor stellen sollen, die sich für diese verantwortungsvolle Position mit den unschlagbaren Worten „auf Mütter schießen die nicht“ bewarb. ■

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,

Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur),

Axel Bäumer (Redakteur),

Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450

Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parla-

mentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD),

Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL

(GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel

MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim

Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD),

Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Presse-

sprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 8. bis 30. Dezember 2007

8.12. Peter Preuß (CDU)	54
8.12. Bernd Schulte (CDU)	58
9.12. Michael Groschek (SPD)	51
10.12. Ursula Monheim (CDU)	68
18.12. Dietmar Brockes (FDP)	37
18.12. Frank Sichau (SPD)	60
20.12. Margret Gottschlich (SPD)	59
20.12. Wilfried Grunendahl (CDU)	55
22.12. Josef Wilp (CDU)	69
23.12. Heinz Sahnen (CDU)	61
30.12. Oliver Keymis (GRÜNE)	47

## Online ins Rathaus

In einem Brief an die kommunalen Verwaltungsspitzen im Land hat Landtagspräsidentin Regina van Dinter auf das verstärkte Informationsangebot des Landtags im Internet hingewiesen. Sie hat die Ländrätinnen und Ländräte, die Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in NRW darauf aufmerksam gemacht, dass die aktuelle Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ schon wenige Tage vor Erscheinen der Druckausgabe im Internet kostenlos heruntergeladen werden kann. Neben höherer Kosteneffizienz solle damit die Leserschaft von „Landtag intern“ ohne finanziellen Mehraufwand vergrößert werden, erklärt die Präsidentin und verweist daneben auch auf den abonnehmbaren elektronischen Newsletter, der wöchentlich erscheint und über politische Themen, Termine und Veranstaltungen informiert.

## Sonntagsbesuche

Das Angebot kam an: Von April bis November dieses Jahres haben insgesamt 9.000 Menschen sonntags den Landtag besucht. Sie konnten die Bürger- und Wandelhalle sowie den Plenarsaal besichtigen und Einblicke hinter die Kulissen des Parlaments erlangen. 2008 will der Landtag dieses Angebot weiter ausbauen.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 6. Dezember 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Konzentrierte Stille ...

... unter den Zuschauern der „Debatte im Foyer“: Die Talkveranstaltung zum Thema „Wie viel Sicherheit verträgt die Freiheit?“, die in der Wandelhalle vor dem Plenarsaal stattfand, wurde aufgezeichnet. Wer die interessante Diskussion mit Gerhart R. Baum (Bundesminister des Inneren a.D.), Konrad Freiberg (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei), Dr. Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) und Jörg Ziercke (Präsident des Bundeskriminalamtes) verpasst hat, kann sie im Internet ansehen ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) unter „Landtag Live“ im Live-Archiv). Ein Bericht über die Debatte im Foyer findet sich auf Seite 12.

Fotos: Schälte